

16. Juni 2022

Deutsche Kreditwirtschaft unterstützt Ansiedlung europäischer Anti- Geldwäsche-Behörde in Frankfurt

Die Deutsche
Kreditwirtschaft

Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) unterstützt ausdrücklich den Vorschlag von Bundeskanzler Olaf Scholz, die geplante neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde am Finanzstandort

Kontakt

Thomas Schlüter
Bundesverband
deutscher Banken
e.V.
für die Deutsche
Kreditwirtschaft,
Leiter Media
Relations, Director,
Pressesprecher
Tel. Tel. +49 30 1663
123

thomas.schlueter@bdb.de

Stefan Marotzke
Deutscher
Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Pressesprecher
Tel. +49 30
20225-5110

stefan.marotzke@dsgv.de

Cornelia Schulz
Bundesverband der
Deutschen Volks-
banken und Raiffei-
senbanken e.V. (BVR)
Pressesprecherin
Tel. +49 30 2021
1330

c.schulz@bvr.de

Steffen Steudel
Bundesverband der
Deutschen Volks-
banken und Raiffei-
senbanken
Pressesprecher
Tel. +49 30 2021
1300

[presse-
stelle@bvr.de](mailto:presse-
stelle@bvr.de)

Anne Huning
Bundesverband
Öffentlicher Banken
Deutschlands e.V.
Tel. +49 30 81 92
163

anne.huning@voeb.de

Carsten Dickhut
Verband deutscher

Presseinformation

Frankfurt anzusiedeln und ab Januar 2024 dort operativ tätig zu werden.

Die Bekämpfung der Geldwäsche hat sowohl für die Europäische Union (EU) als auch für Deutschland höchste Priorität. Die Einrichtung einer europäischen Behörde ist aus Sicht der DK ein wichtiger Schritt zur besseren Vernetzung der Mitgliedstaaten der EU zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Neben der international hoch angesehenen Finanz- und Aufsichtsexpertise am Standort Frankfurt, spricht auch die unmittelbare Nähe zu zahlreichen internationalen und europäischen Banken, Fintechs, Beratungsunternehmen und Forschungseinrichtungen für die Ansiedelung der neuen Behörde an der Mainmetropole.

Mit der Nähe zur Europäischen Aufsicht für Versicherung (EIOPA) und zur Europäischen Zentralbank (EZB) finden sich zwei weitere wichtige europäische Institutionen in Frankfurt. Dies würde eine enge Abstimmung zwischen den Aufsichtsbehörden ermöglichen. Es sprechen somit viele Argumente dafür, die neue Behörde in Frankfurt am Main als eine führende Metropole für Innovation und Cybersicherheit anzusiedeln, um so noch effektiver gegen kriminelle Geldgeschäfte vorzugehen.